

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kud. Hoffe, Kaufmann & Pöglers
O. L. Pöglers & Co., Javalienbank
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist in Bosen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Mittag-Ausgabe.

Bosener Zeitung

Hundertster Jahrgang

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kud. Hoffe, Kaufmann & Pöglers
O. L. Pöglers & Co., Javalienbank
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist in Bosen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 726

Die „Bosener Zeitung“ erscheint wöchentlich zwei Mal,
am Sonntag und Montag. Der Abonnent erhält wochent-
lich 4.50 M. für die Stadt Bosen, 5.45 M. für
den Rest des Reiches. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Reiches an.

Montag, 16. Oktober.

Inserate, die schlagendste Wirkung haben, werden
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Seite
25 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an besondrer
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 5 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Zum russischen Handelsvertrag.

△ Berlin, 15. Oktober.

Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Zollverhandlungen mit Rußland misslingen werden. Ob die Festigkeit der agrarischen Agitation den Hauptantheil an diesem wahrscheinlichen Ergebnis haben wird oder nur in zweiter Linie mitpricht, darüber wird man erst urtheilen können, wenn die Grenze der russischen Zustände bekannt geworden ist. Einstweilen sieht es so aus, als ob die Vertrags-Verhandlungen auch dann ins Leere auslaufen würden, wenn es gar keine ostelbischen Agrarier gäbe. Die Russen bieten zu wenig, so daß deutscherseits dasselbe Mein ausgeprochen werden müßte, das die Verhandlungen vom vorigen Jahre und diesem Sommer beendet hatte. Nicht einmal die Sätze des russisch-französischen Zollvertrages sind von den Delegirten des Herrn Witte bisher zugestanden worden. Es ist ja selbstverständlich, daß dies Mindestmaß von Konzessionen gewährt werden wird, aber die Hartnäckigkeit, mit der russischerseits einstweilen auf dem Boden des sogenannten Minimaltarifs Posto gefaßt wird, spricht dafür, daß der Inhalt des russisch-französischen Handelsvertrages so leicht nicht überschritten werden. Was Alles im Laufe der Verhandlungen noch möglich ist, und zu welchen weiteren Zugeständnissen sich die Russen in der Noth doch noch herbeilassen, das kann heute Niemand wissen. Seine Möglichkeiten müssen natürlich immer offen gehalten werden, wenn man über diese Dinge spricht. Aber für den Augenblick hat man sich an dasjenige zu halten, was trotz der offiziell verhängten Geheimhaltung bekannt wird, und dies eben ist nicht tröstlich.

Die Russen sagen — vertraulich, aber manchmal ziemlich offen —, daß sie ein etwaiges Hinausgehen über den russisch-französischen Vertrag ja nicht bloß uns zu Gute kommen lassen können, sondern daß sie durch solche Zugeständnisse sich gleichzeitig auch den Franzosen gefangen geben würden. Nach der Meistbegünstigungsklausel ist das, was sie uns einräumen, von selbst den anderen Vertragsstaaten, vor allem Frankreich, eingeräumt. Die „Freundschaft“ mit Frankreich hat Rußland aber nicht dazu bringen können, diesem Lande gegen die doch so wichtige Einfuhrverbilligung des kaukasischen Petroleum größere Zollnachlässe zuzugestehen. Man kann es somit begreifen, wenn die Russen sich tüchtig wehren. Es handelt sich für sie jetzt nicht, wie beim Vertrage mit Frankreich, um ein Zollsystem unberührt zu lassen, sondern es handelt sich um eine vollkommene Umkehr der russischen Zollpolitik. Angesichts der werthvollen Geschenke unserer Regierung, den Russen ein überaus machen, verleitet ein ohne die geringste Gegenleistung zu machen, daß Rußland schließlich doch ein Einsehen haben wird. Aber wie Disraeli einmal gesagt hat: „In England regiert nicht die Logik, sondern das Unterhaus“, so kann man von Rußland sagen, nicht die Logik regiere, sondern — der Zar. Was der Zar aber will und wie er die Zollverhand-

lungen ansieht, darüber kann uns erst der Ausgang belehren.

Die schon erwähnten Wirtteschen Eröffnungen an einen Berliner Journalisten enthalten u. a. ein gefährliches Moment. Mit auffälliger Bestimmtheit stellt der russische Finanzminister voran, daß der Zollkrieg für ihn mehr eine politische als eine ökonomische Bedeutung habe. Es ist keine Frage, daß die Sache dem Zaren gerade in dieser Beleuchtung gezeigt worden ist. Wie Herr Witte es will, so wird der Zar glauben, daß die wirtschaftlichen Rückschläge der Grenzsperr für russisches Getreide eigentlich ganz unbedeutende seien, daß die russische Volkswirtschaft dies garnicht spüre, und daß der Zollkrieg nur wichtig sei als Gradmesser deutschen Uebelwollens gegen Rußland. Ist der Zar wirklich dieser Meinung, so wird er auch davon zu überführen sein, daß ein weiteres Entgegenkommen gegen die deutschen Ansprüche im Grunde zwecklos wäre und dem russischen Staatsbewußtsein schlecht anstände. Die Schwierigkeiten, unter denen sich die Zollverhandlungen fortspinnen, sind also schon bedeutsam genug, auch wenn man nur die sachlichen und die auf die politischen Beziehungen hinübergreifenden Gegensätze berücksichtigt.

Man kann nur wiederholen: auch ohne die agrarische Mobilmachung wäre der Ausgang schwer berechenbar. Daß das immer trotziger Austreten unserer Konservativen die Reibung noch vermehren muß, ist natürlich keine Frage. In den mysteriösen Andeutungen einiger Blätter, als gebe es Machenschaften preußischer Minister gegen den Reichskanzler, steckt sicherlich so viel Uebertreibung, daß man beim Heraus-schälen des eigentlichen Kerns vielleicht ein Nichts in die Hand bekäme. Soviel aber darf man doch wohl sagen, daß es weder dem Grafen Eulenburg noch Herrn Miquel erwünscht wäre, sich die konservative Hege auf den Hals zu ziehen, daß sie einem russischen Handelsvertrage nur dann das Wort reden würden, wenn er greifbare und werthvolle Errungenschaften für die Industrie und den Handel namentlich der östlichen Provinzen brächte.

Politische Uebersicht.

Ein Beispiel prompter Abschachtung des einen Offiziösen durch den anderen hat die Diskussion über die Mehrfor-derungen für die Marine geliefert. Die in Kiel erscheinende „Nordostsee-Ztg.“, in deren Spalten allgemeiner Ansicht nach die Marineverwaltung ihre Schmerzen zum Ausdruck bringt, hat in den letzten Tagen ganz im Tone „nationaler“ Entrüstung gegen diejenigen gewettert, welche die Marine „auf den Aushungerungs-Etat setzen“ und die Küstenländer „raub- und plünderungslustigen feindlichen Geschwadern preisgeben“ wollen. Kaum hat diese donnernde Epistel eines Marine-Offiziösen am Strand der Ostsee das Tageslicht erblickt, da kommt ein Offiziöser höheren Ranges am Strand der Spree und weist, zu einem hier nicht in Betracht kommenden Zwecke, nach, daß der Reichstag im vergangenen Jahre trotz der bekannten Abstriche für die Marine etwas und sogar sehr viel gethan hat. Es wird in dem betreffenden Artikel

darauf hingewiesen, daß die Marineverwaltung insgesamt an Bauforderungen der genannten Art vierzehn in den Etatsentwurf eingestellt hatte. Davon wurden drei gestrichen, und zwar die ersten Raten für den Bau zweier Panzerfahrzeuge und einer Kreuzerfregatte. Die übrigen elf wurden bewilligt. Neun davon waren weitere bezw. Schlussbauraten, zwei stellten erste Raten dar, und zwar bezogen sich die letzteren auf einen Kreuzer und einen Aviso. „Es ist demnach“, so schließt die Ausführung des Spree-Offiziösen, „wie in jedem auf 1889/90 folgenden Jahre, so auch im Etat für 1893/94 der Flottenbauplan fortgeführt worden. Die Durchführung des letzteren hat also bisher eine Stöckung nicht erfahren.“ Damit hat der Marine-Offiziöse sein Theil aus erster Hand, und zwar recht gründlich, und die grundsätzlichen „Marine-Mörgler“ können darauf verzichten, auf die abgeschmackten Redensarten von Aushungeren der Marine und dergl. einzugehen.

In nationalliberalen Blättern wird der Freisinnigen Vereinigung bestätigt, daß ihr Versuch, einen Theil der Berliner Mandate zu gewinnen, vollkommen gescheitert sei; auch im Lande habe die Vereinigung so wenig gethan, daß sie im Abgeordnetenhaus nicht einmal so viel Mitglieder zählen werde, um eine besondere Fraktion bilden zu können. Es wird deshalb an die ehemals nationalliberalen Wähler der Freis. Vereinigung ausdrücklich und an die übrigen wohl stillschweigend das Ansinnen gestellt, Anschluß an die national-liberale Partei zu nehmen, zumal deren Wahlausruf jedem auf positives Wirken bedachten Liberalen genügen könne. Wir hoffen mit der „Voss. Ztg.“, daß diese Lockung vergebens sein wird. Auch diejenigen Wähler, die mit der Spaltung der Freisinnigen Partei vor den Reichstagswahlen nicht einverstanden gewesen sind, werden sich trotz der unliebsamen Erörterungen der jüngsten Zeit politisch der Freis. Volkspartei immer noch näher fühlen als der nationalliberalen Partei, die, trotz ihres Aufrufes, in verschiedenen Wahlkreisen Bündnisse mit der konservativen Partei abgeschlossen hat.

Die Russen feste in Toulon verlaufen programm-mäßig. Am Freitag erwiderte der Marineminister Rieunier den Besuch des Admirals Avelane an Bord des russischen Flaggschiffes. Am Sonnabend besuchte eine große Anzahl von Personen das Admiralschiff „Kaiser Nicolai I.“ Später trafen an Bord die offiziellen Abordnungen ein, von denen diejenige des Pariser Stadtrathes zuerst empfangen wurde, wobei der Präsident desselben, Humbert, dem Admiral Avelane die Einladung des Stadtrathes, Paris zu besuchen, übermittelte.

Der Admiral dankte und fügte hinzu, die russischen Seelente seien glücklich, nach Paris zu kommen, da jeder Schritt, den dieselben in Frankreich machten, im Geiste von ganz Rußland begleitet würde. Auf das Ansuchen des Präsidenten von Marseille, daß das russische Geschwader diese Stadt ebenfalls besuchen möge, erwiderte Avelane, er werde hierüber seiner Regierung Bericht erstatten.

Darauf folgte der Empfang von Abordnungen zahlreicher Städte Frankreichs, welche Geschenke überbrachten und Adressen

Marie Antoinette.

Zum 16. Oktober 1893.

Von E. R. Viehscher.

[Nachdruck verboten.]

„Sprechen Sie von meinen Fehlern, aber niemals von meinen Verbrechen“ soll Marie Antoinette zu dem Priester gesagt haben, der sie begleitete, als sie am 16. Oktober 1793 das Schaffot bestieg. Von all den scheußlichen Verbrechen, deren man die junge Königin vor dem Revolutionstribunal anklagte, hat ihre Seele sicher nichts gewußt, aber an Fehlern des Charakters hat es ihr nicht gemangelt und die Lebensklugheit scheint ihr fast ganz gefehlt zu haben. Denn wie soll man es sich erklären, daß diese Fürstin, umwoben von dem Glanz der Jugend, mit hoher Schönheit geschmückt, ausgezeichnet durch Begabung und Herzensgüte, es nicht verstanden hat, die Herzen der Franzosen zu gewinnen, wenn nicht damit, daß sie niemals ernstlich sich darum bemüht hat. Niemals hat Marie Antoinette sich französischem Wesen angepaßt, sie ist Deutsche, sie ist Oesterreicherin geblieben bis zuletzt. Das aber war es, was die Franzosen ihr nicht verzeihen konnten und erst hieraus ist manches Unbegreifliche zu erklären. Schon als die Tochter Maria Theresias im Mai 1770 als die Gattin des Dauphin den Boden Frankreichs zum ersten Male betrat, war sie, als die Deutsche, die Habsburgerin im ganzen Lande verhaßt. Die Habsburger waren von jeher Erbfeinde des französischen Namens gewesen; der Haß der Franzosen empfing schon die Dauphine und er geleitete die Königin bis aufs Schaffot. Auch bei Hofe war Marie

Antoinette sehr unbeliebt. Ihr freies ungezwungenes Wesen, ihr heiterer, wienerischer Frohmuth, ihre Offenheit und Geradheit verstießen überall gegen die starre Etiquette des französischen Hofes, die nach Außen hin um so strenger gehandhabt wurde, als die Sitten im Inneren verderbt waren. Ueberall im Lande war die Königin verhaßt. Man traute ihr jede Schlechtigkeit zu, man glaubte nicht an die Reinheit ihrer Sitten. Aus dieser Stimmung heraus ist das ungeheure Aufsehen zu erklären, welches der bekannte Halsbandprozeß in ganz Frankreich machte; so erst versteht man, warum auch nach der Verurtheilung der Schuldigen Niemand an die Unschuld der Königin glauben wollte. Der Halsbandprozeß zerstörte das Ansehen der Königin für immer.

Es war den Pariser bekannt, daß die Königin ein prachtvolles, mit den edelsten Perlen und Juwelen geschmücktes Halsband, welches der Hofjuwelier Böhmer in seinem Laden ausgestellt hatte, zu besitzen wünschte. Wenig bekannt aber war, daß Marie Antoinette, erschreckt durch den hohen Preis von 160 000 Livres, wegen der damaligen Finanznoth des Staates ihrem Wunsche entsagt hatte. Madame Bertin erzählt in ihren Memoiren, daß die Königin damals gesagt habe: ein Kriegsschiff sei nöthiger, als solch ein Kleinod. Nun hatte ein junger Wüstling, der Marquis Rohan, Kardinal und Fürst-bischof von Strassburg, zugleich auch Groß-Altmojenier des Reiches, sein begehrtliches Auge auf die schöne Königin geworfen. Außer dem König, der fast ganz in seiner Schlosserwerkstatt lebte, war die Leidenschaft Rohans für die Königin wohl keinem Menschen ein Geheimniß. Der junge Kardinal war einer der reichsten Männer in ganz Frankreich, dabei einer

der verworfensten Menschen jener sittenlosen Zeit. Gleich seinem großen Vorbilde, Richelieu, verstand es auch Rohan, seine Laster und Verbrechen mit der geweihten Kardinals-Robe zu verdecken. Bei der Halsband-Affaire jedoch war er ein betrogener Betrüger. Er war einem Gaunerpaar in die Hände gefallen, welches ihn ausbeutete und betrog. Auf die Leidenschaft des Marquis und auf die sorglose Unschuld der Königin bauten der Graf und die Gräfin Lamothé ihren Plan. Vorgeblich im Namen der Königin schrieb die Lamothé an den Kardinal einen Brief, in welchem ihm Marie Antoinettes Frauengunst versprochen wurde, wenn er der Königin jenes Halsband des Hofjuweliers schenke. Gleichzeitig wurde ein Rendezvous verabredet, bei welchem der Kardinal der Königin das Halsband übergeben sollte. Rohan hatte nichts Eiligeres zu thun, als jenen Schmuck zu erwerben; er bezahlte jedoch nur mit einem Wechselbrief. Inzwischen hatte die Lamothé die Demoiselle Oliva, eine Dirne aus dem Palais royal, welche der Königin an Gestalt sehr ähnlich war, für die Rolle, die sie bei dem Rendezvous spielen sollte, abgerichtet, und Alles ging nach Wunsch. So kam die Lamothé in den Besitz des theuren Schmuckes. Da sie aber in einer fortwährenden Geldverlegenheit sich befand, so mußte ihr Gemahl, der biedere Graf Lamothé die Edelsteine des Schmuckes in England einzeln verkaufen.

Am Morgen nach seinem Rendezvous erschien Rohan bei der Königin, um den verabredeten Preis zu holen. Er fand jedoch weder an diesem Morgen noch während der Folgezeit Gelegenheit, seine Wünsche vorzutragen. Auch bemerkte der Fürstbischof nie, daß Marie Antoinette sich bei den Hoffesten

verlassen. Am Sonntag Vormittag veranstaltete die Municipalität zu Ehren der russischen Offiziere in dem prächtig decorirten Hofe des Lyceums ein Dejeuner zu 800 Gedecken.

Bei demselben brachte der Maître einen Trinkspruch auf den Kaiser und die Kaiserin von Rußland aus, welcher mit lebhaftem Beifall und den Ausrufen: „Es lebe der Kaiser, es lebe Rußland!“ aufgenommen wurde. Der Maître fügte hinzu, diese Ausrufe zeugten für die unerschütterliche Anhänglichkeit Frankreichs an Rußland. Die Vereinigung der beiden Völker bewirke der ganzen Welt den lebhaftesten Wunsch, daß für Europa eine Ära des Friedens und Gedeihens beginnen möge. „Gerade in unserer Stärke werden wir eine Garantie für diesen der Freiheit so notwendigen Frieden finden!“ — Admiral Abelone antwortete auf den Toast des Maître mit einem Toast auf den Präsidenten Carnot und das französische Volk. Der Admiral dankte für die sorgfältigen Veranstaltungen, welche getroffen wurden, um den Glanz des Empfanges des Geschwaders zu erhöhen. Diese Veranstaltungen bewiesen die Größe der französischen Nation, die Großartigkeit ihrer Gastfreundschaft und die gegenseitigen Sympathien, die zwischen beiden Nationen beständen. Der Admiral schloß, er trinke auf die Gesundheit des Maître, das Gedeihen Toulons und ganz Frankreichs. — Nach dem Dejeuner defilirten verschiedene Musikvereine. Der hierauf veranstaltete Blumenkorso verlief äußerst prächtig. Admiral Abelone bestieg einen mit Blumen bedeckten Landauer und durchfuhr mehrere Male die Reihen unter enthusiastischen Rundgebungen der Menge und unter einem Regen von Blumen und Confetti. Die russischen Offiziere theilten sich ebenfalls an dem Corso.

Im Laufe des Nachmittags durchzogen zahlreiche russische Matrosen die Straßen, Arm in Arm mit französischen Marinejoldaten. Die Menge gab den russischen Matrosen Blumen, Tabak und Cigarren.

Die brasilianische Regierung des Präsidenten Peizoto will jetzt gegen die Rebellen ein Radikalmittel in Anwendung bringen. Sie will nämlich die Kriegsschiffe und Forts, welche sich dem Admiral de Mello angeschlossen haben, der Immunität der brasilianischen Nationalflagge für verlustig erklären. Es ist der brasilianischen Gesandtschaft in Berlin hierüber folgende Depesche zugegangen:

Der Vizepräsident der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien hat, in Erwägung, daß die Nationalflagge die juristische Persönlichkeit der Union, die Fortdauer und Integrität des Vaterlandes und seiner nationalen Souveränität symbolisirt und darstellt, — daß dieselbe nur auf solchen Schiffen geführt werden darf, welche sich in der gesetzlichen und berechtigten Lage befinden, die Flagge als ein Zeichen des natürlichen Bundes, welches sie mit dem Territorium der Republik und mit den konstitutionellen Organen der Souveränität verknüpft, zu entscheiden, — daß mit dem Rechte, die Nationalflagge zu führen, der gerichtliche Schutz und, was die Kriegsschiffe betrifft, die Vertretung der bewaffneten Macht der Nation zusammenhängt, — daß ferner die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande dauernde nationale Einrichtungen sind, bestimmt zur Vertretung nach Außen und zur Aufrechterhaltung der Geleise im Inneren, und daß sie die Pflicht haben, die konstitutionellen Einrichtungen zu stützen, — in weiterer Erwägung, daß seine konstitutionelle Stellung vergebend, ein Theil der Schiffe der nationalen Marine sich anderer Schiffe bemächtigt, dieselben zu Kriegszwecken ausgerüstet und seit dem 6. September d. J. alle Arten von Feindseligkeit gegen die konstitutionelle Regierung, gegen die ruhig gebliebene Bevölkerung und gegen das öffentliche und private Eigentum unternommen hat, — daß diese Schiffe dadurch die konstitutionellen Einrichtungen verrathen haben, daß sie, wenn sie forsfahren, die Nationalflagge zu

führen, sich damit eines Symbols und eines Emblemes bemächtigt haben, von dem sie keinen Gebrauch machen dürfen, und daß sie unter dieser Fahne verbrecherische Akte ausgeführt haben, — in endlicher Erwägung, daß die Exekutivgewalt, ausgestattet mit den Befugnissen, welche ihr durch den von der Nation verfaßten, gemäß geäußerten Willen übertragen worden sind, die Pflicht hat, die internationale juristische Persönlichkeit der Republik ungeschmälert aufrecht zu erhalten und die Ehre der Nationalflagge zu wahren, — folgendes bestimmt:

Artikel 1. In Bezug auf alle Wirkungen des öffentlichen, privaten und internationalen Rechtes werden ihrer Immunität verlustig und des Schutzes der Nationalflagge beraubt erklärt: a) die Kriegsschiffe, welche seit dem 6. September d. J. unter der Führung des Contre-Admirals Custodio José de Mello sich in der Bai von Rio de Janeiro gegen die Verfassung der Republik und gegen die gesetzliche Autorität auflehnen haben; b) Handelsschiffe, welche von den Aufständischen kriegsgemäß ausgerüstet worden sind und sich noch in diesem Zustand befinden, sowie alle übrigen Fahrzeuge im Dienste der Aufständischen; c) die Befestigungen, welche der Aktion des Aufstandes zum Stützpunkt dienen.

Artikel 2. Es fallen unter dieselben Bestimmungen, ohne daß eine spezielle Erklärung seitens der Regierung erforderlich wäre, diejenigen Schiffe und diejenigen permanenten oder vorübergehend errichteten Befestigungen, welche sich dem Aufstande anschließen.

Artikel 3. Die diesem entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Bundeshauptstadt, 10. Oktober 1893, 5. Jahr der Republik.

(gez.) Floriano Peizoto.

(gegeg.) Raimundo Chaves, Marineminister.

Fernando Lobo, Justizminister und Minister des Inneren.

Carlos Augusto de Carvalho, Minister des Auswärtigen.

João Felipe Pereira, Minister für Industrie,

Kommunikationen und öffentliche Arbeiten.

Felício Freire, Finanzminister.

Die Maßregel könnte sehr einschneidend und wirksam sein, wenn sie von den Mächten befolgt würde, das aber ist eben noch die Frage.

Deutschland.

□ Berlin, 15. Okt. [Die konservative Gefahr.] Die Konservativen suchen noch in diesem weit vorgedrungenen Stadium der Wahlbewegung hier und dort Kompromisse mit den Nationalliberalen zur Verdrängung Freisinniger abzuschließen, und zwar meist in einer Weise, daß es möglichst wenig die öffentliche Aufmerksamkeit und noch weniger grundsätzlichen Widerspruch hervorruft. Das Königsberger Kompromiß ist bekannt, hat aber sonderbarer Weise auch in der eigentlichen Parteipresse geringe Beachtung gefunden. Ein ähnlicher Fall, nur mit dem Unterschiede, daß dort den Nationalliberalen zugemuthet wird, einen — Nationalliberalen zu beseitigen, spielt im Wahlkreise Solingen, der bisher durch drei Nationalliberale vertreten ist. Konservativ Blätter verlangen jetzt die Abtretung eines Mandates an die Konservativen für die Hilfe, die sie den Nationalliberalen bisher immer geleistet hätten. Um zu würdigen, wie unerhört dieser Anspruch ist, muß man wissen, daß im Wahlkreise noch niemals die Spur einer konservativen Organisation bestanden hat. Richtig ist, daß der Wahlkreis Solingen im Reichstage schon freikonservativ, durch den verstorbenen Landrath Melbeck, vertreten war. Aber Melbeck ist von den Nationalliberalen (und nur von ihnen, da eine Partei, mit der sie ein Kompromiß hätten schließen können,

überhaupt nicht vorhanden war) deshalb aufgestellt worden, weil er der einzige Kandidat war, für den man in der Stichwahl auf die Stimmen des Zentrums gegenüber den Sozialdemokraten hoffen konnte. Auf diesen Umstand den Anspruch auf ein konservatives Mandat begründen, ist unverfroren. In Solingen ist es wohl unwahrscheinlich, daß die Nationalliberalen auf einen solchen Vorschlag eingehen sollten. Es brauchen aber nur wenige ähnliche Fälle vorzukommen, und die konservative Landtagsmehrheit wäre sicher. Die Freisinnigen beider Gruppen haben selbst keine Hoffnung auf Zuwachs. Verminderte sich nun auch noch durch ihre eigene Schuld die Zahl der Nationalliberalen, so könnte das Unerwünschte leicht Thatsache werden — man kann jedenfalls schon jetzt sagen, daß es von wenigen Wahlkreisen abhängen wird, ob das künftige Abgeordnetenhaus eine rein konservative Mehrheit aufweist.

△ Berlin, 15. Okt. [Sozialistische.] Einige Blätter beschäftigen sich ernsthaft mit der von einem Berliner Sozialdemokraten in einer hiesigen Versammlung freisinniger Wähler abgegebenen Erklärung: die Sozialdemokraten könnten bei den Landtagswahlen für die Freisinnigen stimmen, wenn diese versprächen, für das allgemeine gleiche Wahlrecht bei den Landtagswahlen einzutreten. Man theilt uns mit, daß der betreffende „Redner“ sich nur wichtig gemacht und keinerlei Auftrag gehabt hat.

Der Bundesrath nahm in der am 13. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung zunächst die erforderlichen Neuwahlen für die Stellen eines nichtständigen Mitgliedes des Reichs-Versicherungsausschusses und eines Mitgliedes der Reichsschulden-Kommission vor. Mehrere Eingaben, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung u., wurden dem Reichskanzler überwiesen.

Die Erwägungen hinsichtlich der beabsichtigten Erweiterung der Reichsstempelabgaben sind, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, noch nicht beendet. Es kann deshalb auch noch keine Rede davon sein, daß der Bundesrath in dieser Frage eine Entscheidung getroffen habe.

Zur Unterstützung der im Reichsamt des Innern unablässig geforderten Arbeiten über die Ausführung der Bestimmungen, betreffend die Sonntagsruhe für die Industrie werden der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge noch einige technische Hilfskräfte herangezogen werden.

Der hinkende Bote kommt natürlich nach. Im Bereich der Eisenbahnverwaltung sind, wie offiziös bestätigt wird, die neuen Forderungen für den nächsten Etat „in vollem Umfange“ bewilligt, aber die Eisenbahnverwaltung hatte auch bei ihren Neuanmeldungen auf die Finanzlage volle Rücksicht genommen. Mit den übrigen Ressorts (Wasserbau u. s. w.) sind die Verhandlungen noch in der Schwebe.

Nach einem Erkenntnis des Landgerichts in Greifswald unterliegen die landwirthschaftlichen Vereine an sich der Anzeigepflicht nicht, so lange sie über das materielle Wohl der Landwirthschaft verhandeln. Wenn sie aber über diesen Rahmen hinausgehen (Besprechung der Theil-Versammlung in Berlin, Besteuerung der Landwirthschaft u. s. w.) sind sie straffällig.

Das Berliner Komitee der „Frei. Vereinigung“ tritt jetzt mit einem Wahlaufsatz an die Öffentlichkeit; das von den bekannten „Führern“ unterzeichnete Schriftstück lautet:

„Mitbürger! Die „Freisinnige Vereinigung“ hält an den Grundsätzen fest, welche im Jahre 1884 bei der Bildung der frei-

mit dem Schmuck zeigte. Zwar wunderte er sich darüber, faßte aber keinen Argwohn, weil es die Lamothe verstand, den Kardinal hinzuhalten und zu beruhigen. Mit Hilfe des bekannten italienischen Abenteurers, der unter dem Namen eines Grafen Cagliostro damals ganz Europa durchkreiste und die leichtgläubige, vornehme Welt betrog, gelang es der Lamothe den im Grunde leichtgläubigen und dummen Kardinal zu beherrschen.

Durch seine unverschämte Zudringlichkeit hatte Rohan es aber dahin gebracht, daß ihn die Königin haßte und seinen früher bedeutenden Einfluß bei Hofe ganz zerstört hatte. Der Kardinal war darüber natürlich untröstlich und wünschte nichts sehnlicher als in die Gunst der Königin und wieder in seine einflußreiche Stellung bei Hofe zu gelangen. In dieser Stimmung traf Cagliostro, der „große Zauberer“, der eigentlich Balsamo hieß, den Fürstbischof an. Er sagte ihm seine Hilfe zu und versprach, ihm durch geheime Ränke den alten Einfluß bei Hofe wieder zu verschaffen. Mit den unglaublichsten Albernheiten wußten Cagliostro und die Lamothe den Marquis Rohan zwei Jahre lang hinzuhalten und zu betrügen. Da aber begann auch diesem Geduldrigen endlich das Vertrauen zu schwinden. Noch immer war keine öffentliche oder private Gunstbezeugung der Königin eingetroffen, noch immer hatte der Kardinal die ihm fest versprochene Ministerstelle nicht erhalten; dagegen hatte er recht viel Geld an die Lamothe und an den „großen Zauberer“ verloren. Außerdem drang Böhmer jetzt auf Bezahlung des Halsbandes. Rohan, augenblicklich nicht im Stande, den Wechselbrief einzulösen, dabei mißmuthig und unzufrieden, ließ dem Hofjuwelier sagen, daß die Königin jenes Halsband besitze, und daß er von ihr sich die Bezahlung holen möge.

Gerade in dieser Zeit hatte die Königin sich wieder des schönen Halsbandes erinnert und bei Böhmer anfragen lassen, was daraus geworden sei. Sofort ging der Juwelier zu Rohan und machte ihm von jener Anfrage der Königin Mittheilung. Der Kardinal hatte nun die Unverschämtheit, Marie Antoinette vor dem obersten Gerichtshof des Landes auf Bezahlung des Wechselbriefes zu verklagen. Aber auch die Königin hatte durch eine ihrer Hofdamen von dem Betrüge erfahren, zu welchem ihr Name mißbraucht worden war. Sie hielt den Kardinal für den allein Schuldigen, während er doch nur der Betrogene war. Marie Antoinette theilte sofort den Sachverhalt dem Könige mit, der den Marquis von Rohan vorläufig verhaften ließ. Bald jedoch wurde er auf Verwendung seiner Verwandten wieder aus der Haft entlassen und konnte nun seinen Prozeß führen.

Ganz Frankreich war auf Seiten des Marquis. Niemand zweifelte daran, daß Marie Antoinette das Halsband wirklich erhalten habe. Der König selbst schien eine Zeit lang an der Wahrhaftigkeit und an der Treue seines Weibes zu zweifeln.

Unterdessen ging der Halsband-Prozeß seinen Schlenrian, eine Schnecke kriecht schneller. Es war derselbe Gerichtshof, an welchem die wunderbarsten Prozesse geführt wurden. In dieser Zeit kam es vor, daß Jemand, wenn er die Richter bestochen hatte, um seinen Prozeß zu gewinnen, und diesen dennoch verlor, nun die Richter auf Herausgabe des geschenkten Geldes verklagte. Freilich verlor er dann auch diesen neuen Prozeß, wenn er vergessen hatte, die hier urtheilenden Richter zu bestechen. Das war die Rechtspflege im damaligen Frankreich und wer sich über die seltsamen Entscheidungen des Revolutionstribunals wunderte, der darf nicht vergessen, daß es kurz vor der Revolution im monarchischen Frankreich zwar weniger blutig, aber um nichts besser zugegangen ist. In besonders eklatanten Fällen ließ zwar der König die Sache untersuchen, aber es wurde regelmäßig alles in bester Ordnung gefunden. Die Bestechung der Richter war etwas ganz Gewöhnliches. Auch der Marquis Rohan hatte nicht veräußert, in dem Halsband-Prozeß sämtliche Richter zu bestechen, sodaß dieselben geneigt schienen, die Königin zu verurtheilen. Andererseits fürchteten sie aber den Zorn des Königs. Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, zog man den Prozeß in die Länge. Das Volk, welches den Zusammenhang nicht kannte, fand in der Verschleppung des Halsband-Prozesses einen untrüglichen Beweis für die Schuld der Königin und als dann endlich Alles sich aufklärte, da hatte die Ueberzeugung von der sittlichen Verworfenheit der verhaßten Habsburgerin im Volke schon so tiefe Wurzeln gefaßt, daß Niemand mehr an Marie Antoinettes Unschuld glaubte. Es läßt sich gar nicht ermessen, wie sehr der Halsband-Prozeß das Ansehen der Königin und auch dasjenige des Königs geschädigt hat. Talleyrand soll gleich bei Beginn dieses Prozesses dessen bedenklichen Charakter erkannt und davor gewarnt haben. Er schrieb damals über den Prozeß an Chamfort: „Je ne serais nullement surpris qu'il renversât le trône.“

Unzweifelhaft ist auch der Halsbandprozeß, wie er ein Zeichen der Zeit war, einer der letzten Tropfen gewesen, die das Maß des Großes und der Erbitterung des Volkes über die herrschenden Zustände zum Ueberlaufen brachten. Vor Allem aber hat er den ohnehin schon fanatischen Haß der Franzosen gegen Marie Antoinette auf die Siedehitze geleitet,

in welcher er später bei der Hinrichtung der unglücklichen Königin erscheint.

Nur durch einen Zufall kam im Halsbandprozeß die Wahrheit und damit die Unschuld der Königin ans Licht der Sonne. Nach Jahr und Tag kamen nämlich die Edelsteine des Halsbandes, welche die Gräfin Lamothe in England hatte verkaufen lassen, nach Frankreich und wurden in Paris vom Hofjuwelier Böhmer und von Anderen erkannt. Man forschte dem Ursprung der Steine nach und fand die Spur der Lamothe. Jetzt war alles klar und zum größten Jubel der Pariser wurde der Kardinal Rohan vom Obersten Gerichtshof freigesprochen. Für die Königin aber war die Freisprechung Rohans eine bittere Kränkung, ihr Ruf war von dem bösen Makel, den der ganze Prozeß auf sie geworfen hatte, durch diesen Ausgang nicht befreit. Die ungeheuerlichsten Gerüchte über die Königin und die Halsbandaffäre wurden herumgetragen und überall geglaubt, denn das Skandalöse wird immer gern geglaubt. Es kam noch hinzu, daß die Lamothe, rechtzeitig gewarnt, sich aus dem Staube gemacht hatte und nun in England ihre „Memoiren“ schrieb, welche die schändlichsten Insinuationen gegen Marie Antoinette enthielten. Das Buch war in Frankreich stark verbreitet und ein Versuch des Hofes, das Pasquill aufzukaufen und zu unterdrücken, mißlang, denn immer neue Auflagen erschienen und gerade jenes Verbot machte die Schmähschrift interessant.

Inzwischen war Schlag auf Schlag das Unglück über die königliche Familie hereingebrochen. Die Geschichte des französischen Königthums sollten sich erfüllen. Wuthschnaubend suchte der Böbel blutige Rache für die Jahrhunderte lange Knechtung und Unterdrückung des französischen Volkes. Aber je mehr und je furchtbarer das Unglück über sie hereinbrach, desto größer, desto königlicher zeigte sich Marie Antoinette. Standhaft und ohne Zittern hörte sie das Todesurtheil an und mit der Unverzagtheit eines Mannes ist sie den Todesweg gegangen. Festen Schrittes betrat sie am 16. Oktober 1793 das Blutgerüst, ruhig kniete sie vor der Guillotine nieder und während die fanatisirte Menge donnernde Hochrufe auf die Republik ausbrachte, fiel ihr Haupt.

Ein Jahrhundert ist seit jenem Tage verstrichen. Wenn auch das Urtheil des Historikers Marie Antoinette von eigener Verschuldung an ihrem tragischen Geschick nicht ganz freisprechen kann, in der Erinnerung des deutschen Volkes lebt die schöne Königin als ein unschuldig Opfer der französischen Revolution. Was Marie Antoinette fehlte, das ist vergessen, desto mehr aber bewundert man, daß sie zu sterben gewillt hat, wie eine Königin.

Breslau, 14. Okt. (Schlußkurse.) Schwach.
Neue Proz. Reichsanleihe 85 50, 3 1/2, Proz. 3.-Stadbr. 97.60,
nfol. Türken 22.25, Türk. Rote 84.50, 4proz. ung. Goldren. 10,
10, Bresl. Diskontobank 99.25, Breslauer Wechselbank 96.25,

Chicago, 14. Okt. Weizen per Oktober 61 $\frac{1}{2}$ ¢, November —
Mais per Oktobr. 37 $\frac{1}{2}$ ¢. — Speck short clear nom. Pork per
Okt. 16,25.

Telephonischer Börsenbericht.

Newyork, 14. Okt. Weizen per Okt. 67 $\frac{1}{2}$ ¢ C., per
Nov. 68 $\frac{1}{2}$ ¢ C., per Dez. — C.

Berlin, 15. Okt. Wetter: Regen.

Berliner Productenmarkt vom 14. Oktober.

Wind: W., früh + 7 Gr. Reaum., 758 Mm. — Wetter Bewölkt, kühl.

Die letzten Nachrichten aus Amerika lauten noch weit deprimirender, als dies bisher schon der Fall war; die Aussichten für die Aufhebung der Silberbill sind anscheinend schlecht geworden, und der von gestern gemeldete neuerlich ganz erhebliche Rückgang der Weizenpreise hängt in der Hauptsache wohl schon damit zusammen. Hier hat unter solchen Umständen die Nothlosigkeit heute noch um sich gegriffen, und namentlich machte sich der Verkauf von Weizen außerordentlich schwierig; selbst eine Ermäßigung der Preise um ante 2 Mark hat die Auflust nicht anzuregen.

vermocht; aber ich Roggen mußte über 1 Mark nachgeben, obwohl sich der Effektivmarkt für diesen Artikel keineswegs verflüchtigt hat. Auch die bisherige bedrängte Lage des Hafermarktes hat sich heute nicht zu behaupten vermocht; vermehrte Offerten vom Auslande verursachten ein umfangreiches speculatives Angebot, das ganz besonders in der zweiten Börsenhälfte zu empfindlich drückender Wirkung gelangte. Roggenmehl war flau. Ebenso haben Küböl und Spiritus bei tragem Verlehrs eine Kleinigkeit im Preise verloren.

Weizen loco 135—148 M. nach Qualität gef., Kovbr.=Desbr. 143,75—142,50 M. bez., Mai 153,75—152 M. bez.

Roggen loco 120—128 M. nach Qualität gef., guter inländischer 126—127,50 M. ab Bahn und frei Wagen bez., Oktober 123,50 M. bez., Oktober-Kovbr. 123,50 M. bez., Kovbr.=Desbr. 125 bis 124 M. bez., Mai 132,50—131,50 M. bez.

Weizen 110—120 M. loco nach Qualität gef., Okt. 109,50 M. bez., Oktbr.-Kovbr. 109,25—109 M. bez., Kovbr.=Desbr. 110,25 M. bez., Mai 113,75 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 125—190 M. nach Qualität gef.

Hafer loco 156—188 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreussischer 160—176 M., do. pom.

erger, udermüßiger und medienburgischer 161—176 M., do-
schleßlicher 160—176 M., feiner schleßlicher, pommerischer und uder-
müßlicher 178—184 M. ab Bahn bez., Oktober 165,75—163,50 M.
bez., Oktober-November 158,75—157 Mt. bez., Novbr.-Dez. 155,50
bis 154 M. bez., Mai 147,50—146 M. bez.

220—230 $\mathcal{M}$. bez.
Weizenmehl Nr. 00: 20,25—18,50 $\mathcal{M}$. bez., Nr. 0
und 1: 17,00—14,50 $\mathcal{M}$. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25
bis 15,25 $\mathcal{M}$. bez., Otf. 16,30—16,25 $\mathcal{M}$. bez., Otf.-Novbr. 16,30
bis 16,25 $\mathcal{M}$. bez., Novbr.-Dezbr. 16,40—16,30 $\mathcal{M}$. bez., Mai 17,35

bez., Okt.-Nov. 48—47,8 M. bez., Nov.-Dezbr. 48—47,7—47,8 M.

bez., April/Mai 48,8—48,7 M. bez., Mai 48,9 M. bez.
Petroleum loco 18,00 M. bez.
Spiritus unverfeuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe lof-
ohne Fab — M. bez., unverf. zu 70 M. Verbrauchsabgabe lof-
ohne Fab 227 M. bez. Oktober 215 M. bez.

Kartoffelmehl Oktober 16,25 M. bez.
 Kartoffelfärke, trodne, Oktober 16,25 M. bez. (M. 8.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,21 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden södd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 140 Pf.

[illegible]